

bracht hatte. Grund: Für rund 1000 Mark war die Miniatur-Bilderfabrik zwei von drei Interessenten zu teuer.

Polaroid staffelte die Kamera-Preise von 299 bis 699 Mark und spekulierte auf erhöhten Umsatz seiner Filme. Die Rechnung ging auf. Während im vergangenen Jahr mit herkömmlichen Photoapparaten durchschnittlich nur 40 Bilder geknipst wurden, zog jeder der mittlerweile über sieben Millionen Polaroid-Land-Besitzer 96 Bilder aus dem Kasten. Besonders beliebt sind die Kameras an Nacktbade-Stränden, weil später kein Photohändler die Aufnahmen zu sehen bekommt.

Zwar sind auch die Preise für das Photo-Material ermäßigt worden, aber noch immer kosten acht Sofort-Bilder in Schwarz-Weiß 11,85 Mark und acht Farbbilder 23,85 Mark, das heißt erheblich mehr als konventionelle Photos samt Entwickeln und Vergrößern.

Edwin Herbert Land arbeitet nach dem Prinzip, mit dem seine Landsleute einst „Petroleum für die Lampen Chinas“ lieferten. An der 80-Mark-Kamera verdient er wenig; an den Filmen dafür um so mehr.

## ZEITGESCHICHTE

### ERSTER WELTKRIEG

#### Ein Glück

Im neunten Stock des Hamburger Uni-Hochhauses, genannt Philosophenturm, trennt sie nur eine dünne Wand. In der Wissenschaft trennten sie Welten.

Als der Historiker Fritz Fischer, 58, Autor des Werkes „Griff nach der Weltmacht“, dem Wilhelminischen Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs anlastete (SPIEGEL 21 bis 23/1964), reduzierte Historiker Egmont Zechlin, 69, den Umgang mit dem Kollegen auf das dienstliche Mindestmaß. Zechlin verfocht damals die These, daß Deutschland, ebenso wie die anderen Großmächte, in den Weltkrieg hineingeschliddert sei.

Neuerdings aber schwenken die beiden Gelehrten in Sachen Kriegsausbruch 1914 offenbar in eine Einheitsfront ein. So fand Professor Zechlin unlängst,



Kaiserlicher Staatssekretär von Jagow  
„In gewissem Sinne ...“

Kaiser-Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg habe in der Juli-Krise 1914 nicht nur, wie Professor Fischer meint, mit einem kontinental-europäischen Krieg gerechnet, sondern darüber hinaus das Risiko eines Weltkriegs einkalkuliert, an dem sich auch England beteiligen würde. Fischer: „Manche Kollegen möchten mich nun am liebsten überreden.“

Und jetzt bestätigt Zechlin sogar, was Fischer seit Jahren den Zorn der Zunft einbrachte: Noch bevor das Attentat auf

den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo am 28. Juni 1914 dem Reich einen plausiblen Kriegsvorwand bescherte, hatten kaiserliche Politiker und Militärs einen Präventivkrieg erwogen.

Wie aus zum Teil erst jetzt bekanntgewordenen Dokumenten hervorgeht, vertraute der preußische Generalstabschef Helmuth von Moltke seinem österreichisch-ungarischen Kollegen Conrad von Hötzendorf schon am 12. Mai 1914 an, „daß jedes Zuwarten eine Verminderung unserer Chancen“ bedeute.

Den sensiblen, keineswegs kriegslüsternden Preußen plagte die Vision, die Russen würden die Zaren-Armee bis 1916 derart ausbauen, daß die Kaiser-Armee ihr nicht mehr gewachsen sein würde. „Konkurrenz in bezug auf die Massen“ erschien dem Strategen aussichtslos. Zugleich bedrückte es ihn, daß der einzige Verbündete des Kaiserreichs, die Donaumonarchie, durch „die Wühlarbeit der divergierenden Nationalitäten“ ständig schwächer werden würde.

Die Vision trieb Moltke — Neffe des Siegers von Sedan 1871 — zur Aktion. Er beschwor Kaiser Wilhelm II., sofort die „Einstellung sämtlicher wehrfähiger Deutscher zum Waffendienst“ anzuordnen. Und dem Staatssekretär des Auswärtigen, Gottlieb von Jagow, legte er nahe, dem von ihm für 1916 erwarteten Russen-Angriff durch einen Präventivkrieg zuvorzukommen.

Zechlin heute: „Mit dieser Argumentation scheint Moltke den Kaiser, Bethmann Hollweg und Jagow stark beeindruckt zu haben.“

Entweder am 20. Mai 1914 (Geburts-tag des russischen Zaren) oder aber am 3. Juni 1914 (Geburts-tag des britischen Königs) versuchte Moltke noch einmal, Jagow für vorzeitiges Losschlagen einzunehmen. Auf gemeinsamer Heimfahrt von einem Déjeuner zu Ehren einer der beiden Majestäten im Potsdamer Neuen Palais legte der Generalstabschef dem Außenamt-Mann sein Programm vor.

Moltke sagte, wie Jagow später wiedergab: „Jetzt wären wir ihnen (den miteinander verbündeten Russen und Franzosen) noch einigermaßen gewachsen. Es bliebe ... nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, solange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten.“

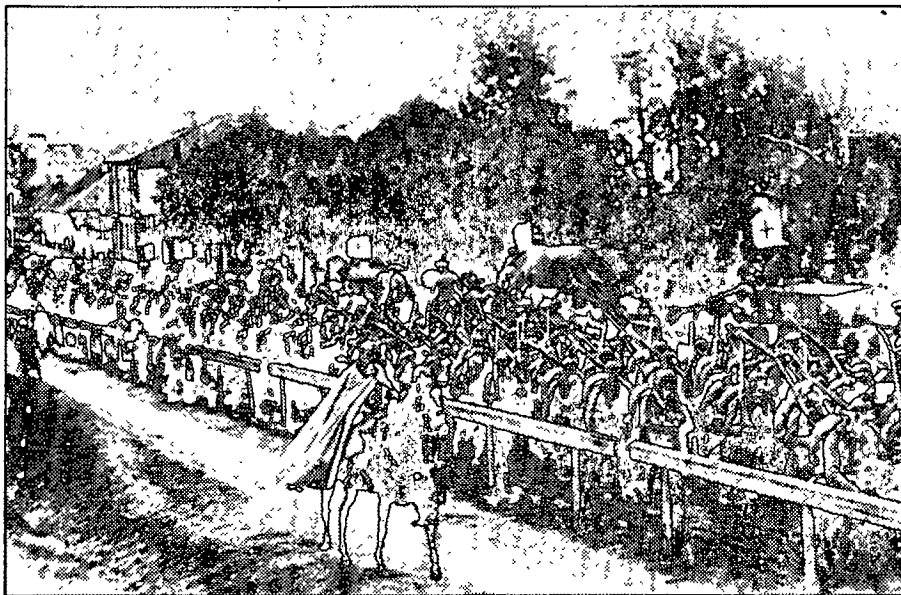
Und: „Der Generalstabschef stellte ... anheim, unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen.“

Jagow antwortete delphisch. „er könne sich nicht dazu verstehen ... einen Präventivkrieg heraufzubeschwören“. Aber: „Ich habe auch nie den Gedanken eines Präventivkriegs prinzipiell und a limine verurteilt.“

Als ein paar Wochen später der Thronfolger, von den Schüssen der serbischen „Schwarzen Hand“ getroffen, auf der Fahrt durch Sarajewo in seiner Kalesche zusammensackte (Franz Ferdinand zu seiner Frau: „Mir scheint, wir werden heute noch einige Kugeln bekommen“), wertete Moltke den Anschlag als „ein Glück“ für seine Präventivkriegs-Strategie. Der bayrische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, berichtete — wie aus einem erst jetzt wiedergefundenen Schriftstück hervorgeht —, Moltke habe begrüßt, daß durch den „Meuchelmord von Sarajewo die von den drei Mächten angelegte Mine schon zu einem Zeitpunkt zum Auffliegen gebracht worden sei, in dem Ruß-



... war es ein Präventivkrieg“: Generalstabschef von Moltke (1914)



Deutsche Truppen an der Marne (1914): Unglück am 37. Tag

land nicht fertig und Frankreichs Armee in einem Übergangsstadium begriffen sei“.

Lerchenfeld zitiert weiter Moltke: „Den Krieg... wie wir ihn jetzt zu führen hätten, sei Deutschland, wenn nicht ein besonderes Unglück geschehe, zu bestehen stark genug.“ Aber das Unglück geschah — am 37. Kriegstag an der Marne.

Nach dem Krieg resümierte Jagow: „Die Ereignisse haben Moltke gewissermaßen recht gegeben. Nur durfte er nicht die Fehler machen, die zu der Niederlage an der Marne führten.“ Und Bethmann Hollweg bekannte: „Ja, mein Gott, in gewissem Sinne war es ein Präventivkrieg.“

Erst 50 Jahre später wurde historisch belegt, was Bethmann Hollweg nach dem Unglück angedeutet hatte. In gemeinsamer Arbeit förderten die bislang zerstrittenen Weltkrieg-I-Forscher das entscheidende Beweisstück — die Aufzeichnungen Jagows über sein Gespräch mit Moltke — zutage.

Fischer-Schüler Dr. Imanuel Geiss verwies im vergangenen Herbst auf dem XII. Internationalen Historikertag in Wien auf das Jagow-Dokument, das er im Archiv des Bonner Auswärtigen Amtes ausgegraben hatte, und Fischer-Kritiker Zechlin veröffentlichte es unlängst im „Monat“.

Geiss nach dieser, von ihm allerdings nicht gewollten Ko-Produktion an Zechlin: „Die Differenzen zwischen Ihnen und der Fischer-Richtung in Fragen Kriegausbruch 1914 sind jetzt so geringfügig geworden, daß sich eine weitere Auseinandersetzung, zumal im bisherigen Stil, von nun ab erübrigt.“

## AFFÄREN

### LACHERBAUER

#### Profit im Amt

Er stieg ein, wenn die Kurse fielen; er stieg aus, wenn die Kurse kletterten. Deshalb soll er jetzt aus seinem Amt aussteigen: Carljörg Lacherbauer, 63, Präsident der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt.

Ihm wird angelastet, daß er mit den Papieren seiner eigenen Bank, den

Landesbodenbriefen, spekuliert und dabei amtliches Wissen für privaten Profit genutzt habe.

Auf den Börsenkurs der Briefe, einer Mischung zwischen Pfandbriefen und Kommunalobligationen, wirkte die Landesbodenkreditanstalt (Labo) durch Kauf und Verkauf rege und regelmäßig ein. Ihr Referent Dr. Bingold rühmt: „Wir haben eine bessere Kurspflege als manches Privatinstitut.“

Lacherbauers Chance lag darin, daß er als Chef die Kauf- oder Verkaufsaufträge erteilte und jeweils 24 Stunden früher als das Börsenpublikum wußte, ob der Kurs seiner Landesbodenbriefe steigen oder fallen würde. Wenn der Kurspfleger Lacherbauer ein gros Papiere auf den Markt warf oder zurücknahm, hatte der Privatmann Lacherbauer schon en détail verdient.

Die Nebeneinkünfte blieben freilich — eben weil die Labo Kursschwankungen sorgsam ausglich — bescheiden. Sechs Jahre Börsenspekulation brachten Lacherbauer lediglich 6000 Mark Gewinn

Kreditanstalt-Chef Lacherbauer  
Börsentips aus erster Hand

ein, soviel wie er in sechs Wochen verdient. (Monatsgehalt eines Ministerialdirigenten: 3416,20 Mark, plus etwa 500 Mark Bankzulage).

Die Angestellten der Kreditanstalt dürfen zwar deren steuerfreie Fünfprozenter und tarifbesteuerte Siebenprozenter selbst erwerben, müssen aber Käufe im Gegenwert von mehr als 5000 Mark dem Vorstand anzeigen. Obwohl Lacherbauer dieser Vorschrift nachkam, mußte er sich den Vorwurf gefallen lassen, unkorrekt gehandelt zu haben: Im Gegensatz zu seinen Angestellten konnte er den Kurs der Papiere, mit denen er speulierte, mit bestimmen.

Die Landesbodenkreditanstalt zog aus den aktenkundigen Börsengeschäften des Präsidenten keine Konsequenzen. Die Inspektoren des Bayerischen Obersten Rechnungshofes aber lasen bei einer Routineprüfung zwischen September 1964 und Januar 1965 Lacherbauers Aktennotizen und merkten sie in ihrem Prüfungsbericht kritisch an.

Das Finanzministerium, das den Bericht im November 1965 erhielt, forderte den Labo-Vorstand und Lacherbauer selbst auf, zu den Spekulationen Stellung zu nehmen. Daraufhin vertauschte der getadelte Präsident sein Büro mit einem Zimmer im Krankenhaus rechts der Isar und hüllte sich in Schweigen.

Seine Chancen, aus dem Krankenbett auf den Amtssessel zurückzukehren sind nicht nur wegen der Mini-Spekulation gering. Lacherbauers Position galt in Bayern ohnehin als gefährdet:

▷ Er trat im Mai 1953 aus der CSU aus und in die Bayernpartei ein, machte sich um die Koalition zwischen SPD, BP, FDP und BHE verdient und erhielt als Dank vom SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner im Mai 1956 den Posten, um den er heute bangt;

▷ er placierte Labo-Gelder, statt sie dem Freistaat Bayern vorzuschießen, lieber auf dem ertragreichen privaten Wohnungsmarkt als erste Hypothek;

▷ er ist dem Innenminister Heinrich Junker im Wege.

Junker möchte selbst Präsident der Labo werden. Bislang freilich paßten die Termine nicht: Des Ministers Amtszeit endet nach den Landtagswahlen im November dieses Jahres — Lacherbauer müßte erst im nächsten Sommer in Pension gehen.

Da traf es sich für den CSU-Minister Junker günstig, daß das Finanzressort des CSU-Ministers Konrad Pöhner nicht dichthielt. Obwohl in früheren Jahren der Report des Rechnungshofes immer erst nach Weihnachten veröffentlicht worden war, sickerten Details über den desertierten Parteigenossen Lacherbauer schon kurz nach Ostern durch.

Zu jener Zeit lag Landtag und Senat bereits eine Änderungsnotelle zum Gesetz über die Landesbodenkreditanstalt vor, die allgemein „Lex Junker“ genannt wird. Der neue Präsident soll sich nicht mit dem Gehalt eines Ministerialdirigenten bescheiden müssen, sondern kraft eines Privatvertrages ein ähnliches Salär beziehen wie ein bayerischer Staatsminister: 5432,76 Mark.

Nebeneinkünfte werden — anders als bei Beamten — auf dieses Gehalt nicht angerechnet.